

Editorial

Diese Ausgabe unserer Informationen gibt einen Überblick über die Linke Politik im Kreistag Oder-Spree im Jahr 2022. Der Kreistag vom 30. November bildet dabei aus zwei Gründen den Schwerpunkt:

Formal, weil er an der Reihe ist. Und inhaltlich, weil er wie ein Brennglas den Umgang mit dem Grundkonflikt des Jahres 2022, mit dem Krieg in der Ukraine, auch in der kreislichen Politik bündelte.

Der Bürgermeister von Zehdenick fand für diesen Konflikt einprägsame Worte: „Unser oberstes Ziel ist es, den Einwohnern eine lebenswerte Umgebung zu schaffen - durch Gestaltung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unserer Region. Dieses Ziel sehen wir durch die Bundespolitik massiv gefährdet.“

Auch wenn ich 50 Lebensjahre älter bin, als dieser Bürgermeister - ich hätte keine treffenderen Worte finden können. Denn auch in den Kommunen ist ohne Frieden alles nichts. Die Einzelheiten der Behandlung dieses Problems im Kreistag sind auf den folgenden Seiten zu finden.

Eine Feststellung schicke ich jedoch voraus: Wir lassen uns das Engagement für den Frieden von niemanden verbieten - nicht von denen, die für die Politik der Bundesregierung der Verantwortung tragen und sie nahezu bedingungslos rechtfertigen, nicht durch Beifall aus der falschen Ecke und auch nicht durch eine heimtückische Argumentation, der Art, wie ich sie schon in der vorigen Ausgabe unseres Infoblatts konstatieren musste: „Wer jetzt Frieden fordert, ist mindestens Querdenker, wenn nicht halber Nazi.“

So jedenfalls die aktuellen Kriegspropagandisten. Mit dieser Methode soll



1. Oktober 2022, Berlin, dezentraler Aktionstag der deutschen Friedensbewegung: Fraktionsmitglieder auf der Friedensdemonstration am Berliner Neptunbrunnen

der Widerstand gegen die Kriegspolitik kleingehalten werden. Die alten Römer hatten dafür ein treffendes Wort: Divide et impera (teile und herrsche).

Nach dem britischen Lord Arthur Ponsonby gibt es zehn Grundsätze der Kriegspropaganda:

1. Wir wollen den Krieg nicht.
2. Das gegnerische Lager trägt die Verantwortung.
3. Der Führer des Gegners ist ein Teufel.
4. Wir kämpfen für eine gute Sache.
5. Der Gegner kämpft mit unerlaubten Waffen.
6. Der Gegner begeht mit Absicht Grausamkeiten, wir nur versehentlich.
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners enorm.

8. Künstler und Intellektuelle unterstützen unsere Sache.
9. Unsere Mission ist „heilig“.
10. Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.

Die Kenntnis dieser zehn Punkte kann auch für die Bewertung aktueller Medienveröffentlichungen sehr hilfreich sein.

Möge uns die Jahreswende ein Jahr bringen, in dem der Frieden wiederhergestellt wird und wir uns ohne die bisher stetig wachsende Gefahr eines großen Krieges den Alltagsgeschäften der Kommunalpolitik zuwenden können.

Dr. Artur Pech
Fraktionsvorsitzender

Frieden jetzt!

Die Linksfraktion im Kreistag Oder-Spree im Jahr 2022

Gemeinsam mit der Fraktion FDP/B-J-A/BVFO hatten wir in den November-Kreistag einen Brief an die Bundesregierung eingebracht:

Unser oberstes Ziel, ist den Einwohnern eine lebenswerte Umgebung zu schaffen - durch Gestaltung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen

Entwicklung unserer Region. Dieses Ziel sehen wir durch die Bundespolitik massiv gefährdet. Der Text endete mit der Feststellung:

„Wenn sich der politische Kurs nicht ändert, werden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen verheerend sein. Symbolische Hilfen wie der ‚Dop-

**Die Mitglieder der Fraktion
DIE LINKE im Kreistag Oder-
Spree wünschen Ihnen ein
gesundes, erfolgreiches und
friedliches Jahr 2023.**

pelwumms' beheben leider keines der ursächlichen Probleme ... Wir rufen Sie als Bundesregierung deshalb auf, alles zu unterlassen, was diesen Krieg verlängert und alles dafür zu tun, dass die Waffen schweigen!“

Das war an den Brief eines Bürgermeisters von der SPD und des Vorsitzenden seiner Stadtverordnetenversammlung von der CDU angelehnt, um nicht in parteipolitisch motivierten Streit zu verfallen.

Im Kreistag fiel diese Position dann doch parteipolitischem Hickhack zum Opfer und scheiterte bei Stimmgleichheit in namentlicher Abstimmung. Immerhin hat auch in unserem Kreistag die Regierungspolitik in dieser Frage keine Mehrheit.

Sozialpolitik und Kriegskosten im Kreistag

■ Energiepreise

Menschen in Hartz IV waren angesichts massiv gestiegener Stromkosten mit einer Erhöhung von 3,12 Euro im Jahr abgespeist worden. Deshalb hatten wir einen Entschließungsantrag eingebracht, der einen Ausgleich für die tatsächlichen Erhöhungen der Energiepreise forderte. Der Landrat sollte beauftragt werden, diese Forderung dem zuständigen Bundesministerium zu übermitteln. Das wurde im Februar vom Kreistag beschlossen.

■ Hilfe für die Tafeln

Seit Anfang 2021 sind die Treibstoffpreise erheblich gestiegen und wir wollten den Tafeln dabei helfen, dieser Entwicklung standzuhalten. Das wurde im Februar noch abgelehnt.

Im April-Kreistag wurde unser erneuter Antrag nicht behandelt. Da hatte der Krieg in der Ukraine schon begonnen und es gab erste Auswirkungen auch bei uns. Nach ihrer Flucht aus der Ukraine kamen im Landkreis Menschen unter, die dann auch zu den Tafeln kamen. Neben der Mehrarbeit für die Bereitstellung der zusätzlich erforderlichen Produkte standen deutlich gestiegene Transportkosten. Beides musste bewältigt werden, um Konfliktsituationen zu vermeiden, wie sie in ähnlicher Lage einige Jahre zuvor auftraten.

Kaltschnäuzig behauptete die Verwaltung, es gäbe keinen Mehraufwand. Eine Mehrheit des Kreistages lehnte die Behandlung des Dringlichkeitsantrages ab.

Der dritte Anlauf folgte zum Juni-Kreistag. Da hatte die Kreisverwaltung zum gleichen Gegenstand eine konkurrierende Vorlage eingebracht. Um Streitigkeiten zu vermeiden, haben wir den Ansatz der Verwaltung übernommen, denn die Tafeln brauchten schnelle Hilfe.

Ohne unsere Anträge hätte es den letztlich vom Kreistag gefassten Beschluss nicht gegeben.

■ Schuldnerberatung

In einer durch die Linksfraktion veranlassten Anhörung im Sozialausschuss war am 3. Mai 2022 deutlich geworden, dass Preisentwicklung und Pandemie zu wachsender Inanspruchnahme der Schuldnerberatung führen. In den letzten Jahren war gleichzeitig die Finanzierung der Schuldnerberatung reduziert worden.

Auf Antrag unserer Fraktion hat der Kreistag zunächst beschlossen, die Finanzierung der Schuldnerberatung wieder auf den Stand des Jahres 2019 anzuheben und die Kreisverwaltung dann beauftragt, mit dem Haushalt 2023 für ihre auskömmliche Finanzierung zu sorgen.

Ein Brief des Betriebsrats der BOS GmbH

Am 23. Juli richteten die Beschäftigten des Busverkehrs einen offenen Brief an die Gesellschafter der Busverkehr Oder-Spree GmbH (BOS) und an alle Fraktionen des Kreistages. Es ging da um akuten Personalnotstand, leistungsgerechte Bezahlung, mangelnde Wertschätzung und um Fahren auf Verschleiß der Arbeitnehmer.

Beklagt wurde, dass das Fahrpersonal öffentlich für das Ausfallen von Linien verantwortlich gemacht wird und dass die Gesellschafter darauf nicht reagierten. Es hieß: „Während der Pandemie und trotz hohen Krankenstandes waren wir immer ein verlässlicher Partner. Jetzt können wir nicht mehr!!!“

Ich erfuhr davon erst, nachdem sich die Absender darüber beschwerten, dass ich darauf nicht reagiere. Tatsächlich war der Brief auf dem Verwaltungsweg nicht zugestellt worden. Am 26. September erhielt ich ihn dann direkt vom Absender.

Danach forderte ich den Landrat auf, den Sachverhalt am 5. Oktober im Kreistag klarzustellen. Auf seine Einladung kam es später zum Gespräch zwischen der Verwaltungsleitung, den Fraktionsvorsitzenden und dem Betriebsrat der BOS GmbH. Es ist positiv zu vermerken, dass da Konsens bestand, den berechtigten Anliegen Rechnung zu tragen. Daraus wurde ein Beschluss des Kreistages. Über seine konkreten Ergebnisse wird im ersten Quartal 2023 zu reden sein.

Deutlich wurden jedoch auch Wirkungen der „großen Politik“. Danach ist es die Absicht des Mehrheitsgesellschafters, bestehende Lücken nicht durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern durch die „Gewinnung“ von Fachkräften aus dem Ausland zu schließen.

Das macht den Kern der Versuche deutlich, Menschen aus dem Ausland zu holen, um im Lande bessere Arbeitsbedingungen verweigern zu können. Zugleich führt die in dieser Tätigkeit erforderliche Kommunikation zu Problemen, die von kurzfristig eingestellten Ausländern kaum bewältigt werden können. So wird profitorientiertes Kalkül zum doppelten Brandbeschleuniger von Fremdenfeindlichkeit und entlarvt sich zugleich als Bestreben, eigene Probleme auf Kosten des Auslands zu lösen.

Konzentration auf den Frieden und Soziales ist verbunden mit der Arbeit an zahlreichen kommunalen Problemen

Dafür stehen – ohne Anspruch auf Vollzähligkeit:

- der von unserer Fraktion initiierte Beschluss des Kreistages zur Fortsetzung der KiTa-Reform. Der trug dazu bei, dass sich die Landesregierung in dieser Frage bewegen musste;
- die Beteiligung an einem überfraktionellen Antrag für die Verbesserung der Richtlinie des Landkreises Oder-Spree zur Gewährung von Zuweisungen an die kreisangehörigen Kommunen;
- die wiederholte Forderung nach einer Lösung für die Ortsumfahrung Erkner/Neu Zittau;
- die Auseinandersetzung mit den Problemen der Wasserversorgung um die Tesla-Ansiedlung;
- die gravierenden Probleme des Schülerverkehrs besonders in Zeiten der Pandemie;
- die wirtschaftlichen Schäden, die Betriebe im Landkreis durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest erlitten haben.

Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist alles nichts. Das bleibt auch 2023 unsere Richtschnur.

Dr. Artur Pech, Fraktionsvorsitzender

Impressum:

Linke Politik im Kreistag Oder-Spree – Informationen der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree;
V.i.S.d.P.: Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-oder-spree.de; Redaktionsschluss: 20. Dezember 2022
Auflage: 1 000 Exemplare

Druck: SAXOPRINT GmbH, 01277 Dresden
Autor aller nicht namentlich gekennzeichneten Beiträge dieser Ausgabe: Dr. Artur Pech

Begründung des überfraktionellen Antrags „Brief des Kreistages an die Bundesregierung“ zur Sitzung des Kreistages am 30. November 2022, gehalten von Dr. Artur Pech

Werte Abgeordnete,

am 5. September saß ich nach einer Sitzung bei unserer Sparkasse in Frankfurt in einem Straßencafé, um vor der Heimfahrt noch einen Kaffee zu trinken. Und dann zogen so zwischen 800 und 1000 Menschen nur wenige Meter entfernt an meinem Tisch vorbei. Als Nicht-Frankfurter konnte ich diese Menschen äußerlich nicht parteipolitisch zuordnen. Aber klar sichtbar war: Es ging ihnen um ihre Existenz und deshalb ging es ihnen um den Frieden.

Nachdem über die Medien ein Brief der Stadtverordnetenversammlung von Königs Wusterhausen bekannt wurde entstand die Idee für einen Brief des Kreistages an die Bundesregierung.

Danach erhielten wir auch Informationen über einen entsprechenden Brief des Bürgermeisters und des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung von Zehdenick.

Der Text dieses Briefes stand Pate für den heute dem Kreistag vorliegenden Beschlussentwurf. Das hat zwei Gründe:

Zunächst macht dieses Schreiben deutlich, dass es auf der kommunalen Ebene eine breite Übereinstimmung gibt, wenn ein Bürgermeister von der SPD und ein Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung von der CDU gemeinsam einen solchen Brief unterschreiben.

Es geht da nicht um vordergründige parteipolitische Profilierung, sondern darum – Zitat – „den Einwohnern eine lebenswerte Umgebung zu schaffen – durch Ge-

staltung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unserer Region ...

Angesichts der bereits jetzt absehbaren Folgen betrachten wir die Entwicklungen mit äußerster Sorge und Fassungslosigkeit.

Dabei gilt unser tiefes Mitgefühl den vielen Opfern des Krieges und auch jenen, die unter Sanktionen existenziell zu leiden haben. Derzeit wird der soziale Frieden in unserem Land auf eine harte Probe gestellt. Nicht verhinderte Rekordinflation, drohende Rezession und Betriebsschließungen sowie horrenden Energiekosten treiben tausende Menschen nun regelmäßig auf die Straßen. Das Vertrauen in Staat und Politik erodiert in wachsenden Teilen der Gesellschaft. Wenn sich der politische Kurs nicht ändert, werden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen verheerend sein.“ (Zitatende)-

Als LINKER hätte ich in diesem Brief manche Formulierung anders wählen können. Es kann und darf jetzt aber nicht um kleinliche Rechthaberei gehen. Ich denke, der Kreistag kann abseits des sonst üblichen Streits die Worte teilen:

„Wir wollen uns nicht anmaßen zu wissen, was die richtigen Mittel sind in dieser politischen Situation. Aber wir wissen, dass die Wirtschaft unseres Landes und der Wohlstand unserer Bevölkerung nur aufrechterhalten werden kann, wenn wir friedliche und neutrale Beziehungen zu anderen Ländern anstreben.“

Ich habe schon den Atmen angehalten, als die Falschmeldung durch die Medien ging, Russland würde Polen mit Raketen

beschießen. Es war für unser aller Überleben wichtig, dass der US-Präsident dem schnell entgegnet hat. Denn wenn eine solche Eskalation eintritt, dann hat sich auch die beste Kommunalpolitik schnell erledigt.

Und die Sorgen werden immer größer. Am vorigen Sonnabend schrieben die Präsidenten der Industrie- und Handelskammern Halle-Dessau, Gießen-Friedberg, Cottbus und Halle (Saale) in einer ganzseitigen Anzeige in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*:

„Wirtschaft und Gesellschaft brauchen Frieden ... Umso merkwürdiger und bedauerlicher ist es, dass das Wort ‚Frieden‘ in der öffentlichen Debatte kaum vorkommt ...

Diese ‚Schweigespирale‘ ... muss durchbrochen werden. Ohne Frieden keine zureichenden Sozialleistungen, keine wirksame Daseinsvorsorge. Somit ist der soziale Frieden bedroht. Frieden ist mithin elementare Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Prosperität und sozialen Zusammenhalt. Frieden fällt jedoch nicht vom Himmel. Er muss gewollt und geschaffen werden – von Menschen, von umsichtiger Politik und kluger Diplomatie.“

Das schreiben die Präsidenten von Industrie- und Handelskammern in einer ganzseitigen Anzeige in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* – weil sie sonst kein Gehör finden.

Ich denke, die gegenwärtig in vielen Kommunen verfassten Briefe sind deshalb notwendig und bitte sie, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Heizung, Brot und Briefe

Brandenburger richten Friedensappelle an Bundeskanzler Olaf Scholz

Königs Wusterhausens Bürgermeisterin Michaela Wiezorek soll an diesem Samstag in Berlin bei einer Aktion von „Heizung, Brot und Frieden“ sprechen. Sie hatte einen offenen Brief gegen die Sanktionspolitik geschrieben.

von Andreas Fritsche,
neues deutschland, 16. 12. 2022, S. 11

Brot und Frieden, das klingt nach einer Losung von 1917. Davor dann das Wort Heizung. Eine seltsame Mischung, dachte Alexander King im ersten Moment, als er im August den Vorschlag hörte, Sozialproteste unter der Losung „Heizung, Brot und Frieden“ zu organisieren. Im Sommer dachten viele nicht daran, dass

die Heizkosten im Winter ein Problem werden könnten. „Jetzt passt es mega“, findet King, der zur Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus gehört. „Die Worte Heizung, Brot und Frieden stehen genau für die Dinge, um die sich die Menschen heute Sorgen machen.“

Am 5. September protestierte das Bündnis „Heizung, Brot und Frieden“ vor der Bundeszentrale der Grünen, am 3. Oktober demonstrierte es am Potsdamer Platz, und am 8. November gab es eine Saalveranstaltung in einer Schankwirtschaft in der Schönhauser Allee. Am Sonnabend von 13 bis 15 Uhr soll es nun eine Kiezaktion am U-Bahnhof Tierpark geben. Für 500 Teilnehmer sei sie angemeldet, berichtet King. Es kommt

ihm nicht darauf an, dass alle die vollen zwei Stunden bleiben. Er kann sich auch gut ein Kommen und Gehen, ein Vorbeischauen vorstellen. Zur Kundgebung und zur Demonstration ließen sich Menschen aus der linken Szene mobilisieren. Jetzt solle mit den Anwohnern des Tierparks auch die „einfache Bevölkerung“ erreicht werden, erläutert King die Idee der Kiezaktion, bei der zum Aufwärmen Kaffee und Tee, vielleicht auch Glühwein ausgeschenkt werden soll. Im nächsten Jahr sollte es eine solche Aktion in Berlin-Spandau geben und danach auch in anderen Bezirken, findet der Abgeordnete King.

Am Tierpark sollen Nancy Larenas von der Chile-Freundschaftsgesellschaft „Sal-

vador Allende“ sprechen und auch Königs Wusterhausens Bürgermeisterin Michaela Wiezorek (parteilos). Wiezorek hatte einen von den Stadtverordneten am 20. Oktober beschlossenen offenen Brief an Kanzler Olaf Scholz (SPD) gerichtet. Darin heißt es, der russische Angriff auf die Ukraine habe eine Eskalationsspirale ausgelöst. Eine Politik, die sich darauf versteife, dass es nur eine militärische Lösung dieses Konfliktes geben könne, nehme Tod und Zerstörung billigend in Kauf. Und weiter: Die Folgen der Sanktionen „schlagen auf uns zurück“. Mit Entlastungsmaßnahmen werde an Symptomen herumgedoktert, statt umzusteuern. Der Brief schließt mit dem Appell, „alles zu unterlassen, was diesen Krieg verlängert, und alles dafür zu tun, dass die Waffen schweigen“.

Diese Textfassung war mit 17 zu 6 Stimmen bei einer Enthaltung vom Stadtparlament beschlossen worden. „Die parteilose Bürgermeisterin, die Linksfraktion, große Teile der CDU und andere waren dafür – und leider natürlich auch die AfD“, berichtet Linksfraktionschef Michael Wippold. Die AfD sei im Vorfeld nicht eingebunden gewesen, „sonst hätte ich nicht unterschrieben“, versichert er.

SPD und Grüne hatten einen geänderten Text vorgeschlagen, der aber keine Mehrheit fand. Dieser Version zufolge sollte die Bundesregierung aufgefordert werden, „sich mit allen zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln für ein Ende des Krieges einzusetzen“. Enthalten war eine Verbeugung vor den damals schon angekündigten Entlastungsprogrammen. Die Kommunalaufsicht des Innenministeriums bescheinigte der Stadt Königs Wusterhausen inzwischen, sie habe ihre Kompetenzen überschritten. „Wir dürfen keine Briefe schreiben und uns nicht in die Außenpolitik einmischen“, fasst Linksfraktionschef Wippold sarkastisch zusammen. „Wir stehen aber dazu.“ Der offene Brief ist auf der Internetseite der Stadt nach wie vor zu finden.

„Alles zu unterlassen, was diesen Krieg verlängert“, das forderte auch der Bürgermeister von Zehdenick (Oberhavel) in einem Brief an den Kanzler. Mit erst 24 Jahren wurde Lucas Halle im Frühjahr jüngster Bürgermeister Deutschlands. Er ist Sozialdemokrat, hat sein Parteibuch 2021 aus den Händen von Olaf Scholz persönlich erhalten.

An dem Brief von Lucas Halle, der den Segen des Zehdenicker Stadtparlaments bekam, orientierte sich die Linksfraktion im Kreistag Oder-Spree. Ihr Vorschlag, Landrat Rolf Lindemann (SPD) solle ebenfalls so einen Brief abschicken, verfehlte knapp die notwendige Mehrheit. Es gab bei der Abstimmung ein Patt. „Das Posi-

tive dabei: Der Kreistag hat zwar nicht für den Frieden gestimmt, aber immerhin auch nicht für den Krieg“, findet Linksfraktionschef Artur Pech. Ihn wurmt, dass dem gemeinsam mit FDP und Bürgervereinigung Fürstenberg (Oder) eingebrachten Antrag nur eine Stimme fehlte, die ausgerechnet der Abgeordnete Stephan Wende (Linke) verweigert habe.

Wende selbst erklärt das so: „Ich habe nicht zugestimmt, weil von Beginn an abzusehen war, dass dieser Appell nur eine Mehrheit finden würde durch die AfD.“ Wenn es aber so ist, hätte man nicht einfach den Zehdenicker Brief abschreiben und zur Abstimmung stellen, sondern weiter mit den demokratischen Parteien über eine Fassung verhandeln sollen, der dann vielleicht auch die SPD zustimmen könnte. Stephan Wende glaubt, da wäre eine Einigung möglich gewesen.

Zur Klarstellung: Für einen Antrag der AfD haben Linke im Kreistag Oder-Spree noch nie gestimmt. Das gilt innerparteilich als die rote Linie, die nicht überschritten werden darf. Dass umgekehrt die AfD einem Antrag der Linken zustimmt, wird als manchmal unvermeidlich hingenommen.

An dem im Kreistag durchgefallenen Friedensappell hat Stephan Wende inhaltlich nichts auszusetzen. Schließlich habe er seit dem 24. Februar, als Russland in die Ukraine einfiel, sieben Friedensdemonstrationen in Fürstenwalde organisiert, betont Wende. Das Argument, der Kreistag sei nicht für Außenpolitik zuständig, hält er für ein sehr formales. Da könnte man seiner Ansicht nach durchaus Haltung zeigen. Indessen wird auch der Landkreis Oberhavel keinen Friedensappell an den Kanzler richten. Die Linksfraktion im Kreistag hatte einen Brief „für Frieden, Diplomatie und Deeskalation“ vorgeschlagen. Krieg dürfe niemals Mittel der Politik sein. Abrüstung statt Aufrüstung, keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und Überprüfung der gegen Russland verhängten Sanktionen lauteten die Stichworte. Man solle ermitteln, ob sich die Sanktionen zielgerichtet gegen Präsident Wladimir Putins Machtapparat und seine Kriegsführung richten oder nur zur Verarmung führen.

„Weitere Waffenlieferungen, eine weitere Eskalation dieses Krieges sind keine Lösung. Das sehen wir seit neun Monaten, und wir müssen uns alle darüber bewusst sein, dass man einen Krieg mit militärischen Mitteln gegen eine Atommacht nicht gewinnen kann“, erklärt der Kreistagsabgeordnete Lukas Lüdtko (Linke). Doch nur seine Linksfraktion und eine Kreistagsabgeordnete der SPD stimmten am 7. Dezember für den unterbreiteten Friedensappell.

Auch die Sozialproteste sind im Moment gedämpft. Da macht sich Alexander King von „Heizung, Brot und Frieden“ keine Illusionen. Viele Menschen fühlen sich durch den Gaspreisdeckel und andere Maßnahmen der Regierung erst einmal ein wenig beruhigt und wollen abwarten, ob die Entlastungen wirken – die aber nach Kings Einschätzung nicht ausreichen und ohne Frieden langfristig keine Lösung sind. Wenn aber die Heizung kalt bleibt, der Strom abgestellt wird und die Lebensmittelpreise weiter steigen, kann die Stimmung schnell wieder umschlagen.

Die Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete:

- **Dr. Artur Pech**, Schöneiche
Fraktionsvorsitzender; Mitglied:
Kreisausschuss; Ausschuss für
Haushalt, Finanzen/Beteiligungen;
AG Kreisentwicklung
- **Jörg Bogadtke**, Tauche
Mitglied: Ausschuss für Soziales,
Gesundheit und Migration
- **Rita-Sybille Heinrich**, Erkner
Vorsitzende Ausschuss für Soziales,
Gesundheit und Migration; Mitglied:
Ausschuss für Bildung, Kultur und
Sport; Jugendhilfeausschuss;
AG Kreisentwicklung
- **Bettina Lehmann**, Heinersdorf
Mitglied: Ausschuss für Ländliche
Entwicklung und Kreisentwicklung;
AG Kreisentwicklung
- **Dr. Jörg Mernitz**, Eisenhüttenstadt
Mitglied: Ausschuss für Bauen, Ord-
nung und Umwelt
- **Dr. Bernd Stiller**, Langewahl
Mitglied: Kreisausschuss, Ausschuss
für Bildung, Kultur, Sport
- **Tobias Thieme**, Grünheide
Mitglied: Werksausschuss für Eigen-
betrieb KWU
- **Gabriele Weitzel**, Tauche
Mitglied: Ausschuss für Haushalt,
Finanzen/Beteiligungen;
Ausschuss für Ländliche Entwicklung
und Kreisentwicklung
- **Stephan Wende**, Fürstenwalde
Vorsitzender Jugendhilfeausschuss;
Mitglied: Ausschuss für Bauen,
Ordnung und Umwelt; UA Jugend-
hilfeplanung

(UA = Unterausschuss, AG = Arbeits-
gruppe)

Sachkundige Einwohner:

Peter Engert, Jürgen Grasnack,
Andreas Grätsch, Dr. Tanja Jaksch,
Dr. Helmut Kell, Klaus Meyer,
Daniel Schulz, Harald Schwaeger,
Beate Simmerl